Deutscher Bundestag **Drucksache 18/6813**

18. Wahlperiode 24.11.2015

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Roland Claus, Heidrun Bluhm, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Caren Lay, Jan van Aken, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. André Hahn, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Andrej Hunko, Sigrid Hupach, Ulla Jelpke, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Birgit Menz, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller (Potsdam), Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Petra Pau, Harald Petzold (Havelland), Richard Pitterle, Martina Renner, Michael Schlecht, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Dr. Kirsten Tackmann, Azize Tank, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Birgit Wöllert, Jörn Wunderlich, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/5500, 18/5502, 18/6124, 18/6125, 18/6126 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für einen Haushalt der sozialen Modernisierung. Jetzt!

Der Bundeshaushalt für 2016 steht vor großen Herausforderungen. Seit der deutschen Einheit war nicht mehr so viel Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung in die Etats von Bund, Ländern und Kommunen aufzunehmen und vorausschauend zu planen. Das ist bei Wahrnehmung aller damit verbundenen Risiken auch eine große Chance für eine humanistische und soziale Modernisierung Deutschlands. Die Chancen sind nicht ohne die Risiken zu haben.

Das Jahr 2015 ist politisch geprägt von den größten globalen Fluchtbewegungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Weltweit befinden sich annähernd 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Während der größte Teil der Flüchtlinge in den jeweiligen Herkunftsländern und Krisenregionen auf der Flucht ist, versuchen in diesem Jahr viele Menschen, in die Europäische Union und vor allem auch nach Deutschland zu kommen. Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung auch im Jahr 2016 andauern wird.

Die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge bedeutet für Staat und Zivilgesellschaft eine große Herausforderung, die jedoch mit dem entsprechenden politischen Willen und den vorhandenen Ressourcen nicht nur gemeistert, sondern in vielerlei Hinsicht zu einer echte Chance werden kann.

Den größten Beitrag leisten derzeit die Kommunen sowie unzählige ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Gerade für die Kommunen rächt sich vor dem Hintergrund der aktuellen Situation jedoch die verfehlte Politik der verschiedenen Bundesregierungen der letzten Jahre. Denn die Finanzausstattung der Kommunen ist völlig unzureichend, um die Entwicklung der Ausgaben in ihrem Aufgabenbereich abzudecken. Die Folgen sind vielerorts ein Investitionsstau, Mängel in der Infrastruktur und in diesem Zusammenhang auch eine Überforderung bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.

Die Versuche der Koalition, den Zuzug von Flüchtlingen durch weitere Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl zu beschränken, lehnt DIE LINKE. entschieden ab. Notwendig sind jetzt vielmehr Investitionen in die kommunale Infrastruktur (sozialer Wohnungsbau, Städtebauförderung etc.) im Rahmen eines Integrationszukunftsprogramms sowie die Übernahme der Kosten für soziale Aufgaben (Asylbewerberleistungsgesetz, SGB II) durch den Bund. Dies käme sowohl den Menschen zugute, die gerade ankommen, als auch denen, die schon da sind.

Darüber hinaus fordert die Fraktion DIE LINKE., dass endlich eine Bekämpfung der Fluchtursachen stattfindet. Das bedeutet neben dem Stopp der Beteiligung an Kriegen und dem Verzicht auf Waffenlieferungen insbesondere, endlich die selbst auferlegte Verpflichtung zu erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen sowie eine deutliche Aufstockung des deutschen Beitrags des Welternährungsprogramms.

Die Koalition wollte Deutschlands Zukunft gestalten. Ihr Haushalt für 2016 ist jedoch von Zukunftsverweigerung geprägt. Die Bundesregierung bewegt sich nur so weit, wie sie von außen bewegt wird. Die Bundesregierung legt einen Haushaltsentwurf vor, der das alte Deutschland verwalten will und sich jeder Zukunftsorientierung verweigert. Dem widersetzt sich DIE LINKE. energisch, auch weil sie wegen ihrer ostdeutschen Wurzeln den Merksatz nicht vergessen wird: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ DIE LINKE. will eine Haushaltspolitik der Erneuerung, sie will Armut und Unfreiheit bekämpfen, indem die wachsende Ungleichverteilung des privaten Reichtums und so gesellschaftliche Freiheit aller erreicht wird. Mit einer gerechteren Steuerpolitik sollen für den Bund erhebliche Mehreinnahmen erschlossen werden.

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2016 ist

- keine ausreichende Antwort auf die Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation,
- selbstverliebt in die schwarze Null,
- ein Haushalt der sozialen Spaltung,
- zukunftsfeindlich und bildungsungerecht,
- für Ostdeutschland erneut eine herbe Enttäuschung.

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die größten gesellschaftlichen Veränderungen ein. DIE LINKE. will Deutschland sozialer, offener, besser gebildet, investiver und friedfertiger machen. Dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, soziale Sicherung, Bildung und Forschung sind wichtiger als die schwarze Null.

Wer ein zukunftsfähiges Deutschland will, muss mehr Soziales wagen, Bildungs- und Investitionspolitik befördern.

1. CDU/CSU und SPD setzen mit der Umverteilung von unten nach oben die Politik ihrer Vorgängerregierungen entschlossen fort und vertiefen die Spaltung des Landes. Koalition und Bundesregierung höhlen die Einnahmebasis des Staates gezielt aus, um mit dem Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen. Die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Steuern für Unternehmen und Besserverdienende fortlaufend gesenkt, gleichzeitig über Mehrwertsteuererhöhungen die Belastungen für Normal- und Geringverdienerinnen und -verdiener erhöht. Koalition und Bundesregierung haben einen EU-Kommissionschef unterstützt, der Unternehmen geholfen hat, Deutschland Jahr für Jahr Steuern in Milliardenhöhe zu entziehen. Dadurch werden nicht nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschädigt, sondern auch die Wettbewerbsposition mittelständischer Unternehmen, die sich an dieser Steuervermeidung nicht beteiligen. Die Schulden des Bundes belaufen sich inzwischen auf fast 1,3 Billionen Euro (Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 30.6.2015). Umverteilt wird zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen, Kinder, Rentnerinnen, Rentner und Kranken. Der Haushaltsentwurf enthält keine Mittel zur Rentenangleichung Ost an West und ignoriert die stark steigende Zahl von Armutsrentnern. Auch die zusätzlichen Ausgaben der Koalition für die Mütterrente, die sogenannte Rente ab 63 und die geplante Pflegereform belasten den Bundeshaushalt kaum – die Sozialkassen dafür umso mehr. Den Preis zahlen die Versicherten in Form von notwendigen, aber unterlassenen, systemgerecht aus Beiträgen zu finanzierenden Leistungsverbesserungen, von Beitragserhöhungen oder entgangenen Beitragssenkungen.
2. Die Niedriglohnpolitik hat Deutschland zynischerweise als Sieger aus dem europäischen Sozialabbauwettbewerb hervorgehen lassen. Während Bundesregierung und Koalition die vermeintlichen Erfolge ihrer exportierten Kaputtsparpolitik feiern, leidet die Bevölkerung der Krisenstaaten. Die europäische Finanzkrise wird von Bundesregierung und Koalition benutzt, um den Krisenstaaten einen angeblichen Mangel an Haushaltsdisziplin vorzuwerfen und ihnen als Rezept den Abbau von Sozialleistungen zu verschreiben. Anstatt den Zockern und Finanzjongleuren mit einer wirksamen Finanztransaktionssteuer und dem Verbot von Finanzinstrumenten Grenzen zu setzen, haben sich die gegenwärtige Bundesregierung und die Vorgängerregierungen von der Finanzlobby einwickeln lassen und diese aus ihrer Verantwortung für eine der größten Krisen der letzten Jahrzehnte entlassen. Bisher wurde nur Zeit gekauft. Koalition und Bundesregierung bedienen weiterhin die Interessen der Finanzbranche und organisieren die Vergesellschaftung ihrer Milliardenverluste. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht immer wieder aufs Neue erpresst werden können. Notwendig ist eine für alle Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbare und bundesweit angebotene Finanz- und Schuldnerberatung. Das deutsche Lohndumping muss beendet, der Mindestlohn darf nicht unterlaufen, die Inlandsnachfrage muss gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden. Nicht zuletzt müssen die Geschlechterdiskriminierung in der Arbeitswelt entschlossen bekämpft und frauentypische Tätigkeiten wie in den Sozial- und Erziehungsdiensten endlich aufgewertet werden.
3. Während sich die Wirtschaftsexpertinnen und -experten einig sind, dass es zu investieren und nicht nur zu sparen gilt, hält die Bundesregierung an der schwarzen Null als Selbstzweck fest. Die öffentliche Infrastruktur verfällt – die Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt der öffentlichen Bauten und Verkehrsnetze, die Energiewende als ein Kernprojekt der ökologischen Erneuerung droht unter die Räder zu kommen. Über sogenannte öffentlich-private Partnerschaften organisie-

ren Bundesregierung und Koalition die überteuerte private Finanzierung von Infrastrukturprojekten, um Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Konzernen über viele Jahre hinweg hohe Gewinne zu verschaffen – auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Bundesregierung und Koalition bereiten durch das von ihnen zu Gunsten von Großinvestoren geplante Freihandelsabkommen die weitere Schleifung von sozialer Verantwortung, Umweltschutz, Kündigungsschutz, Verbraucherschutz und Datenschutz vor. Statt öffentliche Unternehmen zu privatisieren und öffentliche Ausgaben zu kürzen, bedarf es öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Es besteht ein großer Investitionsstau beim öffentlichen Verkehr, bei der Energie- und Wasserversorgung, im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Pflege und Kinderbetreuung, bei Bildung und Kultur. Der Schutz von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder muss dringend besser finanziert werden. Die Fraktion DIE LINKE. fordert ein europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm, gerichtet auf den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur und sozialer Sicherung, auf den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, auf die Unterstützung der Energiewende in Richtung regenerativer Energien und mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit. Zu finanzieren ist dieses Programm über eine EU-weit koordinierte Erhöhung der Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen. Notwendig ist dafür auch eine Koordination von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

4. Das Staatsversagen im Zusammenhang mit der NSU-Mord- und -Anschlagsserie muss Konsequenzen auch für den Bundeshaushalt haben. Die Notwendigkeit einer dauerhaften und ausreichenden finanziellen Absicherung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus gehört zu den zentralen Schlussfolgerungen des NSU-Untersuchungsausschusses. Die seit vielen Jahren professionell und erfolgreich in den Bundesländern arbeitenden Projekte brauchen endlich eine ausreichende und dauerhaft gesicherte Finanzierung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Zukunftsprogramm aufzulegen, das zur Integration der Benachteiligten in Deutschland und der zu uns Geflüchteten gleichermaßen beiträgt;
2. Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine gute und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik sowie die Einführung einer sozialen, sanktionsfreien Mindestsicherung zu überwinden sowie Minijobs in die Sozialversicherungspflicht zu überführen;
3. die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken, auf neue Rüstungsprojekte zu verzichten, Waffenexporte drastisch einzuschränken sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Die frei werdenden Gelder werden für soziale und bildungspolitische Projekte, die Entwicklungszusammenarbeit und einen Konversionsfonds genutzt.

Integrationszukunftsprogramm

2,1 Mrd. €	zur stärkeren Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Flüchtlingshilfe
1,0 Mrd. €	für den Kitaausbau
982 Mio. €	Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung
398 Mio. €	für ein gutes und ausreichendes Integrationskursangebot, für die Förderung von Integrationsprojekten und die Migrationsberatung
50 Mio. €	für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern

50 Mio. €	bundesweit für die Errichtung und Sanierung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan 3.0“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten)
45 Mio. €	für die Fortsetzung der Programme der Städtebauförderung, bei Nutzung der in Ostdeutschland gemachten Erfahrungen für die gesamte Republik;

Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen

2,0 Mrd. €	für die Verstärkung der entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe, für Flüchtlingshilfe, die auf die besonderen Belange von Frauen und Kindern Rücksicht nimmt, für humanitäre Hilfsmaßnahmen, für Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung, für Demokratisierung und Menschenrechte, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für Abrüstungsinitiativen, für Krankheitsbekämpfung, für Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
562 Mio. €	für Finanzielle Entwicklungszusammenarbeit
272 Mio. €	für Technische Entwicklungszusammenarbeit
230 Mio. €	für Krisenbewältigung;

Zukunftsprogramm

5,4 Mrd. €	für eine große BAföG-Reform und ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit
3,7 Mrd. €	für den Ausbau des Kinderzuschlags und die Reduzierung von Kinderarmut
2,5 Mrd. €	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
1,8 Mrd. €	für eine bundesweit flächendeckende beitragsfreie Verpflegung in Schulen und Kindertageseinrichtungen
1,7 Mrd. €	für den Hochschulpakt
1,2 Mrd. €	höhere Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel)
1,0 Mrd. €	für Gesundheitsförderung und Prävention
600 Mio. €	für mehr Unterhaltsvorschuss
500 Mio. €	für nichtkommerzielle Pharmaforschung
461 Mio. €	für höheres Wohngeld einschließlich Heizkosten
50 Mio. €	für das Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)
37 Mio. €	für besseren Umweltschutz (Partikelfilter) und Hochwasserschutz
30 Mio. €	für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
20 Mio. €	für die Stärkung der Filmproduktion in Deutschland
15 Mio. €	für eine bundesweite Finanz- und Schuldnerberatung
10 Mio. €	für die Schaffung eines Sonderprogramms zur „Digitalisierung des Filmerbes“
7 Mio. €	für die Etablierung eines verbraucherorientierten „Finanz-Wächters“
0,5 Mio. €	medizinische Anwendungen von Cannabis erforschen;

Soziale Ausgrenzung überwinden und Arbeitslosigkeit bekämpfen

15,7 Mrd. €	zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und im Alter auf 500 € pro Monat, Eingliederung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in die regulären Grundsicherungssysteme und Aufhebung der Anrechnung des Elterngeldes auf die Arbeitslosengeld-II-Beziehenden

4,7 Mrd. €	Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung (3,7 Mrd. infolge der Erhöhung der Regelsätze, 1 Mrd. Entlastung der Kommunen)
1,7 Mrd. €	Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeldes II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit)
1,1 Mrd. €	Erhöhung der Verwaltungsmittel der Jobcenter;

Rentengerechtigkeit herstellen

10,6 Mrd. €	zur Umsetzung des Prinzips gleiche Rente für gleiche Leistung – erste Schritte zu einer Angleichung der Ostrenten an das Westniveau, Rücknahme der Kürzungen des Bundeszuschusses an die allgemeine Rentenversicherung, Finanzierung der sogenannten „Mütterrente“ als gesamtgesellschaftliche Ausgabe aus Steuermitteln;

Rechte für Menschen mit Behinderungen

1 Mrd. €	für die Realisierung von Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit;

Maßnahmen der aktiven Friedenspolitik

0,5 Mrd. €	für die Schaffung eines Konversionsfonds, zur Unterstützung für die betroffenen Kommunen bei der Entwicklung von zivilen Nachnutzungskonzepten der Bundeswehrstandorte und Unternehmen bzw. Sparten der Rüstungsindustrie;

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

39,5 Mio. €	zur Stärkung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, insbesondere durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“;

Einnahmen des Bundes stärken

47,5 Mrd. €	durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 %, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken
7,1 Mrd. €	steuerliche Begünstigung von Dieselkraftstoff gegenüber Benzin aufheben

3,2 Mrd. €	durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf das Transportflugzeug A400M, auf den Schützenpanzer Puma sowie durch weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14
3,4 Mrd. €	durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems
36 Mio. €	Stopp von sozial und ökologisch unsinnigen Verkehrsgroßprojekten wie der Fehmarnbeltquerung, dem Ausbau der Elbe und der Weser sowie von Stuttgart 21, die in kommenden Jahren dem Bund 2 Mrd.€ kosten würden.

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf.

Berlin, den 23. November 2015

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333